

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/01/2008
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 20.02.2008
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Programm zur Sanierung städtischer Gebäude
Bericht der Verwaltung
6. Antrag des deutschen Gewerkschaftsbundes, Region Ruhr-Mark-
Liefersperrn bei Energieversorgung - (siehe SOA 06.09.07 und 27.11.07)
7. Mehrgenerationenhaus
Hier: Mündlicher Bericht
8. Förderprogramm Soziale Stadt:
Integriertes Handlungskonzept für den Stadtteil Wehringhausen
Vorlage: 0134/2008
9. Nachnutzung der Fläche des ehemaligen städtischen Bauhofes Körnerstraße /
Springmannstraße
Vorlage: 0142/2008
10. Haushaltskonsolidierung - Abschlussbericht zum Rückführungsmanagement
für abgelehnte Asylbewerber (55 M14)
Vorlage: 0052/2008
11. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt die neuen Mitglieder des Sozialausschusses Frau Helling und Herrn Rubis und verpflichtet Frau Helling anschließend.

Weiterhin teilt sie mit, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 6 entfallen.

Die Vertreter von Mark E werden dem Ausschuss am 10.04.08 Rede und Antwort stehen.

Außerdem gratuliert sie Frau Burghardt zu ihrer Ehrung in Form eines Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen im Namen des Ausschusses ganz herzlich.

Sie begrüßt außerdem Herrn Klinkmann, der zum Tagesordnungspunkt 5 anwesend ist.

2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass in der Arge einige Mitarbeiter/innen nur befristet eingestellt wurden. Man habe jetzt einen Weg gefunden, der für einen Großteil der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eine weitere Befristung möglich mache.

Man werde aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils, dass die Arge in dieser Konstruktion nicht rechtsfähig sei, einen weiteren Befristungsgrund finden. Bis 2010 müsse eine neue Lösung gefunden werden. Von daher könnten die Mitarbeiter/innen bis zu diesem Zeitpunkt weiterbeschäftigt werden.

Zum Männerasyl nimmt er Bezug auf den Wunsch der Eigentümer, den Komplex, in dem die Tuchmacherstraße liege, komplett zu kaufen, zu renovieren und neu zu vermieten. Man habe den Auftrag bekommen, sich Objekte anzuschauen, in die das Männerasyl umgesiedelt werden könne. Man habe sich daraufhin ca. 11-13 Objekte angeschaut. Das Vorhaben sei ziemlich erfolglos gewesen. Insgesamt sei festgestellt worden, dass die Tuchmacherstraße ein idealer Standort sei. Der Auftrag bestehe allerdings nach wie vor.

Frau Machatschek ist der Meinung, dass in dieser Sache eine sehr gute Lösung gefunden werden müsse. Sie lobt in diesem Zusammenhang den Fachbereich Jugend & Soziales, der vorbildliche Arbeit geleistet habe.



3. Bericht aus dem Behindertenbeirat

entfällt

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Insel erklärt, dass der Seniorenbeirat noch nicht getagt habe und er daher nicht zu diesem Tagesordnungspunkt berichten könne.

5. Programm zur Sanierung städtischer Gebäude Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt die Herren Klinkmann und Rosga.

Herr Klinkmann berichtet über die Ergebnisse zum Stand der Sanierung der städtischen Gebäude. Da nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden, seien Prioritäten zu bilden.

Die Gebäude, die in die Zuständigkeit des Sozialausschusses fielen, seien größtenteils angemietet und fielen daher nicht in die Aufstellung der Sanierung der stadteigenen Gebäude.

Er berichtet über die wenigen Gebäude, die diesen Ausschuss tangieren.

Herr Rosga berichtet über das Männerasyl Tuchmacherstraße, dass für dieses Objekt ursprünglich 120.000 € eingeplant waren. Er könne nun mitteilen, dass dieser Betrag ersatzlos gestrichen werden könne. Vorgesehen waren Brandschutzmaßnahmen, die aber zwischenzeitlich schon realisiert worden seien. Für dieses Objekt könnte die Unterhaltung aus den laufenden Mitteln bestritten werden.

Er wolle die Sache aber vorsichtshalber noch einmal überprüfen und dem Protokoll **als Anlage** eine Liste beifügen, aus der hervorgehe, ob tatsächlich alles abgearbeitet sei.



Frau Machatschek stellt fest, dass der Arbeitskreis damit aufgelöst sei. Die gesamten Ergebnisse würden in einer weiteren Gesamtvorlage im Mai vorgestellt.

6. Antrag des deutschen Gewerkschaftsbundes, Region Ruhr-Mark-Liefersperren bei Energieversorgung - (siehe SOA 06.09.07 und 27.11.07)

entfällt

**7. Mehrgenerationenhaus
Hier: Mündlicher Bericht**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Burghardt berichtet über die Konzeption des Mehrgenerationenhauses.

Frau Machatschek befürchtet eine Konkurrenzsituation bezüglich des neuen Cafes zum Allerwelthaus.

Frau Burghardt macht deutlich, dass die Einrichtung des Cafes mit dem Allerwelthaus abgestimmt worden sei. Außerdem seien die Senioren, die das Cafe aufsuchten, eine ganz andere Zielgruppe als die Besucher des Allerwelthauses. Man werde auch nur eine begrenzte Anzahl an Essen haben. Auf der Speisekarte sei auch ein Hinweis auf das Allerwelthaus zu finden.

Auf die Frage einer anwesenden Bürgerin nach einer möglichen Teilnahme behinderter Menschen teilt Frau Burghardt mit, dass sie diese Anregung gerne mitnähme.

Man müsse dann vielleicht den Seniorenhelfern/innen eine Zusatzausbildung für den Umgang mit behinderten Menschen anbieten.

Frau Machatschek möchte wissen, wie lange die Förderung für dieses Projekt noch laufe.

Frau Burghardt erklärt, dass die Förderung auf fünf Jahre angelegt sei. Voraussetzung sei, dass man sich zwei Jahre lang bewähren müsse.

Frau Machatschek bedankt sich bei Frau Burghardt für den Vortrag und wünscht ihr für ihre Arbeit weiterhin alles Gute.



**8. Förderprogramm Soziale Stadt:
Integriertes Handlungskonzept für den Stadtteil Wehringhausen
Vorlage: 0134/2008**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek berichtet, sie sei beim letzten Workshop in Wehringhausen dabei gewesen und begeistert über die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen gewesen.

Herr Dr. Schmidt erklärt auch im Namen des Kämmerers, dass man der Entwicklung in Hagen nicht ausschließlich durch Sparvorschläge weiterhelfen könne. Es gebe auch Gebiete, in denen man ganz bewusst in Stadtteile investieren müsse, um einen sozialen Untergang zu verhindern. Man habe dies bereits in Vorhalle und Altenhagen praktiziert. Es sei natürlich außerordentlich schwierig, den 20%igen Eigenanteil zu prognostizieren.

Man habe sich lange in der Verwaltung damit auseinandergesetzt. Das habe zu dem Ergebnis geführt, dass man in Punkt 5 eine Beschränkung der Finanzierung vorgenommen habe. Es sei richtig, dass diese Maßnahme in die Prioritätenliste eingeordnet werde. Seine Bitte an den Ausschuss sei, die Vorlage zu unterstützen.

Frau Kurte möchte zu Punkt 4 des Beschlussvorschlages wissen, wie weit die Arbeit sei.

Herr Goldbach antwortet, dass man an der Nahtstelle sei, an der man Altenhagen verlasse und Wehringhausen in Angriff nehme. Man versuche, den Platz in der Förderung, den Altenhagen eingenommen habe, mit Wehringhausen zu ersetzen. In Altenhagen sei man landesseitig im Stadium der Ausfinanzierung. Das Stadtteilforum in Altenhagen werde weiterarbeiten.

Er schlägt vor, eine konkrete Durchführungsvorlage dazu zu erarbeiten und in die Beratung zu geben, wenn man die Beschlussfassungen abgearbeitet hätte.

Frau Machatschek erklärt, dass der Prozess in Altenhagen natürlich weitergeführt werden müsse. Sie erbittet Rückmeldung von Herrn Goldbach, in welcher Höhe vom Land gefördert würde.

Herr Goldbach sagt einen aktuellen Sachstandsbericht über Altenhagen für die nächste Sitzung zu.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das Integrierte Handlungskonzept für den Stadtteil Wehringhausen sowie den Maßnahmen- und Finanzierungsplan zur Umsetzung des Konzeptes.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrierte Handlungskonzept als Aufnahmeantrag für das Förderprogramm Soziale Stadt beim Land einzureichen.



3. Nach einer positiven Entscheidung des Landes wird die Verwaltung beauftragt, die sich aus dem Maßnahmeplan ergebenden Förderanträge zu stellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für die aktive Unterstützung des Verfestigungsprozesses in Altenhagen zu beantragen.
5. Die Beschlüsse unter 1 – 4 werden unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Prioritätenliste und einer Kreditlinie durch die Bezirksregierung gestellt.
6. Die Beschlüsse werden bis zum 31.12.2008 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

9. **Nachnutzung der Fläche des ehemaligen städtischen Bauhofes Körnerstraße / Springmannstraße** **Vorlage: 0142/2008**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Helling fragt sich, ob es sinnvoll sei, dieses Vorhaben in der Nähe des anderen Mehrgenerationenhauses zu realisieren. Die Lage des Grundstücks sei auch für andere Projekte geeignet.

Frau Machatschek weist auf den Unterschied eines Mehrgenerationenhauses und einer Einrichtung für generationsübergreifendes Wohnen hin. Bei ersterem handele es sich um eine Begegnungsstätte. Bei dem generationsübergreifenden Wohnen würden junge Familien mit älteren Menschen in einem Haus zusammen wohnen und ihr Leben gestalten. Sie hält den Standpunkt für ideal.

Frau Helling betont jedoch, dass sie der Meinung sei, dass das zentrale und stadtnahe Gelände sinnvoller genutzt werden könne.



Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass sogar der Sportausschuss in seiner gestrigen Sitzung der Vorlage zugestimmt habe. Er ist der Meinung, dass der Nutzungsvorschlag so in Ordnung sei und der Ausschuss ihm zustimmen solle.

Herr Link bittet, bei der Ausschreibung einen Schwerpunkt darauf zu setzen, nach neuen modernen Wohnformen für ältere Menschen zu suchen. Dies solle bei der Ausschreibung berücksichtigt werden.

Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Frau Machatschek stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Berichtes eine Ausschreibung der Bauhoffläche für generationsübergreifendes Wohnen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 14

Dagegen: 1

Enthaltungen: 0

10. Haushaltskonsolidierung - Abschlussbericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber (55 M14) Vorlage: 0052/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek weist darauf hin, dass man als Sozialausschuss dieses Zahlenmaterial des Abschlussberichtes brauche, um zu sehen, wo man konsolidieren könne. Es sei den Ausschussmitgliedern aber bewusst, dass hinter jeder Zahl, die dort stehe, ein menschliches Schicksal stehe.



Frau Kurte fragt nach einer Formulierung auf Seite 3, die sie nicht verstanden habe. Was verberge sich hinter dem Begriff „Lebensunterhalt gesichert ohne Aufenthaltsrecht“? Um was für einen Personenkreis handele es sich dabei?

Herr Stüwe erklärt, dass er diese Auflistung vom Ausländeramt bekomme und er auch die Erläuterung der Mitarbeiter des Ordnungsamtes benötige. Er könne die Frage an dieser Stelle nicht konkret beantworten.

Frau Kurte möchte wissen, ob diese zusätzliche Stelle, die eingerichtet worden sei, noch laufe. Sie sei bis 2007 eingerichtet worden.

Herr Dr. Schmidt weist auf den Inhalt der Vorlage hin, aus der hervorgehe, dass die Arbeit weitergeführt werden solle. Das hieße, wenn der Ausschuss das in der gleichen Intensität wie in den letzten Jahren wünsche, sei das personalwirksam. Dann würde die Stelle beim Ordnungsamt fortgeführt.

Herr Mervelskemper weist darauf hin, dass durch die ausgeübte Tätigkeit des Mitarbeiters auf dieser Stelle Geld eingespart werden konnte. Um die Frage beantworten zu können, ob es sinnvoll sei, die Stelle weiterzuführen, müssten daher vorher einige Fragen geklärt werden. Gebe es überhaupt noch genügend zu betreuende Personen? Die Asylbewerberzahl ginge insgesamt zurück. Könnte die Arbeit auch von anderen Personen beim Ordnungsamt geleistet werden, die sowieso mit dem Thema Asyl beschäftigt seien? Hier sei Aufklärung vonnöten.

Frau Kurte fragt, welche Konsequenz sich daraus ergäbe, wenn die Stelle automatisch weiterlaufe. Würde sich die Stelle verstetigen?

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass der Ausschuss darüber entscheidet.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, wie viele Mitarbeiter insgesamt mit diesem Thema beschäftigt seien.

Herr Hanesel erinnert an die Diskussion in Jahre 2003, in dem man schon über das Rückführungsmanagement diskutiert habe. Damals habe sich der Ausschuss sehr schwer damit getan, das Rückführungsmanagement einzuführen. Man habe immer wieder kritisch nachgefragt. Die Stelle habe sich bewährt. Aus der inhaltlichen Arbeit heraus mache es Sinn, die Arbeit entsprechend weiterzuführen, nachdem die offenen Fragen geklärt worden seien.

Herr Stüwe erklärt, dass es bei dem Personenkreis, um den es hier gehe, um Flüchtlinge handele, die das Asylverfahren schon hinter sich hätten. Sie bekämen zwar Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, aber es handele sich nicht mehr um Asylbewerber. Das Asylverfahren sei rechtskräftig abgeschlossen. Der Anteil der Leistungsempfänger, die Leistungen bekämen, läge etwa bei 75%. Es sei sicherlich sinnvoll gewesen, auf genau diesen Personenkreis einen Spezialisten anzusetzen.

Es habe sich gezeigt, dass es integrationspolitisch Sinn mache, zeitnah eine Entscheidung darüber zu treffen, ob der Betroffene hier bleiben könne oder



aufgefordert werden müsse, mit allen Konsequenzen zu gehen. Er bittet den Ausschuss, diesen Aspekt besonders zu gewichten.

Frau Helling macht deutlich, dass sie eine Befristung der Stelle in der Beschlussvorlage sinnvoll fände.

Herr Steuber geht auf die Frage von Frau Kurte hinsichtlich der stellenplanrechtlichen Situation ein und erklärt, dass es sich hier um eine befristet eingerichtete Stelle gehandelt habe. Eine Entfristung dieser Stelle zum Stellenplan 2008 müsse vom Ordnungsamt beantragt werden. Bei dieser Gelegenheit könne auch im Personalausschuss erneut darüber beraten werden.

Frau Machatschek macht deutlich, dass es um die Befristung dieser Aufgabe gehe.

Herr Kilic ist der Meinung, dass die Situation in den Heimatländern bei den Entscheidungen nicht mehr berücksichtigt worden seien. Da die Leute sowieso abgeschoben würden, könne man die Stelle auch abschaffen.

Frau Machatschek widerspricht Herrn Kilic sehr vehement. Die Aussage träfe so nicht zu.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, die Kollegen vom Ordnungsamt für die nächste Sitzung einzuladen, um dazu Stellung zu nehmen und die Vorlage in der heutigen Sitzung als erste Lesung zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Meier merkt an, dass man zwischen Asylbewerbern und Wirtschaftsflüchtlingen unterscheiden solle.

Herr Kirchhoff entgegnet in Richtung von Herrn Kilic, dass die Zahl der Menschen, die ausgewiesen worden seien, immer kleiner geworden sei. Er fände es gut, wenn auch der Integrationsrat dieser Vorlage zustimmen könnte, da die Arbeit aus integrationspolitischen Erwägungen fortgeführt werden solle.

Frau Kuschel-Eisermann bittet für die nächste Sitzung um weiteres Zahlenmaterial.

Herr Stüwe sagt zu, dem Protokoll **als Anlage** eine Zahlenaufstellung beizufügen.

Frau Machatschek greift den Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt auf, die Vorlage als erste Lesung zu betrachten und das Ordnungsamt zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses einzuladen. Sie stellt diesen Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

11. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Frau Kurte hat eine Anfrage, die jedoch im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.25 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin